

Dr. Igor' F. Maksimyčev
Europa-Institut, Russische Akademie der Wissenschaften

Anmerkungen zum Vortrag von Dr. Hans-Georg Wieck

17. April 2008

Zunächst möchte ich Herrn Dr. Wieck für seinen interessanten und ungewöhnlichen Vortrag danken. Zum ersten Mal hatte ich Gelegenheit, den Bericht eines Leiters der Dienste zu hören, die im Verborgenen arbeiten und deren Mitarbeiter es in der Regel vorziehen, zu schweigen. Zudem war es eines der zentralen Anliegen seines Vortrages, Licht in die Methoden der Geheimdienste in einer äußerst wichtigen und tragischen Periode der Geschichte meines Landes zu bringen – der Zeit der „Perestrojka“, die der Auflösung der zweiten großen Weltmacht des 20. Jahrhunderts voranging. Beinahe während der gesamten Zeit, von der der Vortrag handelte, befand ich mich an einem von Herrn Dr. Wieck nicht sehr weit entfernten Ort: In Ost-Berlin, wo ich als Gesandter an der sowjetischen Botschaft, von 1987 bis 1992 als stellvertretender Botschafter tätig war. Es könnte sein, dass in den Berichten, die auf dem Tisch des Präsidenten von Pullach lagen, auch meine bescheidene Person Erwähnung fand. Ich selbst bin hingegen nicht ein einziges Mal auf Material über die Tätigkeit seiner Dienststelle in der DDR oder in West-Berlin gestoßen, was man als großes Kompliment für die Professionalität der Mitarbeiter dieses Amtes auffassen kann: sie ließen sich leider nicht in die Karten schauen.

Mit Ausnahme des Anfangsstadiums der Perestrojka verfolgte ich den Verlauf der Ereignisse ebenso wie der Vortragende aus dem Ausland, wobei ich mich über die (östlichen und westlichen) Massenmedien und über die Kontakte zu den zahlreichen Augenzeugen der Moskauer Ereignisse, die damals die DDR besuchten, informieren konnte. Außerdem lebten damals drei unserer Kinder mit ihren Familien in Moskau. Der Botschafter, Vjačeslav I. Kočemasov, hatte eine neue Bestimmung eingeführt,



derzufolge die Botschaftsangehörigen sich täglich über die Stimmung und die Meinungen in der Moskauer „Zentrale“, die der Botschafter selbst täglich viele Male kontaktierte, informieren sollten (insbesondere besprach sich Kočemasov häufig über das VČ-Telefon¹ mit Michail S. Gorbačev und Ěduard A. Ševardnadze). So stand mein Wissen über den Fortgang der Ereignisse in der Heimat vermutlich in keiner Weise dem Wissen nach, das in Pullach vorhanden war. Deshalb sehe ich mich dazu veranlasst, Herrn Dr. Wieck in einigen Punkten zu korrigieren.

Aber zunächst möchte ich einige Worte über die Besonderheit des Vortrags von Herrn Dr. Wieck verlieren, die darin besteht, dass er über Geheimdienstinformationen berichtet, die der BND für die Entscheidungsinstanzen der Bundesrepublik zur Verabschiedung der entsprechenden politischen Entscheidungen zusammenstellte und die der Allgemeinheit nicht zugänglich sind. Wie jeder selbstbewusste Leiter einer Institution unterstreicht Herr Dr. Wieck die Einzigartigkeit des westdeutschen Geheimdienstes und gibt damit zu verstehen, dass die entsprechenden Dienste anderer Länder dem BND das Wasser nicht reichen könnten. Ich kann keine eigenen Erfahrungen mit der Arbeit im BND oder in anderen nachrichtendienstlichen Organisationen vorweisen, aber ich hatte doch während meiner langen Dienstzeit die Gelegenheit, mit Geheimdienstmitarbeitern in diplomatischen Vertretungen sowohl meines Landes als auch anderer Staaten zusammenzutreffen. Ehrlich gesagt ließ sich, meinem Eindruck nach, kein großer Unterschied zwischen ihnen feststellen, wenn man einmal davon absieht, dass die einen zu den „Unsrigen“ gehörten und die anderen nicht. (Übrigens diskutieren wir in den letzten Jahren mit besonderer Vorliebe eben darüber, wer „die Unsrigen“ eigentlich waren.) Sowohl diese als auch die andere Seite schätzte die Bedeutung ihrer Dienste sehr hoch ein. Das ist verständlich: Denn jede Schnepfe lobt ihren Sumpf.

Mir ist es höchst unwohl dabei, dass die westlichen Massenmedien eine so große Hysterie um das Faktum verbreitet haben, dass Vladimir V. Putin bis 1990 für den KGB gearbeitet hat. Eine der Aufgaben der kleinen Dresdner Gruppe für Spionageabwehr, der Putin angehörte, war es, die in den sächsischen Wäldern

¹ VČ – Abkürzung für das abhörsichere Regierungsfernmeldenetz der UdSSR.



stationierte Panzerarmee, bei der es sich um die wichtigste Offensivgruppierung der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland handelte, vor der übermäßigen Neugierde der westlichen Geheimdienste, eingeschlossen des BND, zu schützen. Aber was hat man sich im Westen in diesem Zusammenhang nicht alles ausgedacht! Ich habe mit eigenen Ohren gehört, dass der österreichisch-ungarische Thronfolger Otto von Habsburg in einer öffentlichen Debatte behauptete, Putin sei Gefängnisdirektor der sowjetischen Besatzungsmacht in Bautzen gewesen und habe in unerträglicher Art und Weise die Rechte der dort inhaftierten Deutschen mit Füßen getreten. Dabei war dieses Gefängnis bereits Anfang 1950 der DDR übergeben worden, während Putin im Jahr 1952 geboren wurde! In der UdSSR, bzw. Russland wird etwas ähnliches weder bezogen auf George Bush Senior noch auf Hans-Georg Wieck selbst behauptet, obgleich sie als Leiter ausländischer Nachrichtendienste ein gefundenes Fressen für die hiesigen Journalisten abgeben würden, die über nicht weniger Phantasie als ihre westlichen Kollegen verfügen.

Nun also zum eigentlichen Anlass meiner Ausführungen, dem Vortrag Herrn Dr. Wiecks. Es ist notwendig, der von ihm zum Ausdruck gebrachten Wahrnehmung zu widerstehen, die UdSSR in der Periode des „Stillstandes“ sei identisch mit dem „totalitären Monstrum“ des Jahres 1937 gewesen. (Nebenbei bemerkt ruft sogar die Verwendung des Begriffes „totalitär“ im Zusammenhang mit der UdSSR der Stalin-Zeit überaus begründete und grundsätzliche Einwände hervor; so besteht die charakteristische Bedeutung dieses Begriffes darin, den „Realsozialismus“ mit dem Nationalsozialismus „auf eine Stufe zu stellen“, während diese sich doch in grundsätzlichen Aspekten voneinander unterschieden.) Die Zeit des „Stillstandes“ war eine Zeit der „Erschöpfung der Diktatur“, als die einen so taten, als ob sie regierten und die anderen so taten, als ob sie sich regieren ließen. Den von der Partei versprochenen Überfluss gab es nicht (selbst wenn die leeren Regale in den Geschäften eine Erscheinung sind, die erst gegen Ende der Perestrojka aufkam), die Partei verlor die letzten Reste ihrer Selbstachtung, über sie lachte jeder x-beliebige, das „strafende Schwert“ stumpfte immer mehr ab, die öffentliche Meinung entstand nicht mehr auf den Parteiversammlungen, sondern bei Diskussionen in der Küche und entwickelte sich nicht zugunsten des Systems.

Ich denke nicht, dass die Behauptung, Gorbačev sei von Anfang an ein einsamer Streiter für die Perestrojka gewesen, der Wahrheit entspricht. Die gesamte sowjetische Gesellschaft nahm sehr deutlich wahr, dass Reformen unumgänglich waren und Gorbačev konnte sich zunächst auf eine breite Unterstützung verlassen, die er bedauerlicherweise bald darauf wieder verlor. Nebenbei gesagt gab es eine personelle Alternative zu Gorbačev: Der langjährige erste Sekretär des Moskauer Stadtkomitees und das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU Viktor V. Grišin konnte sich sehr gute Chancen ausrechnen, in der Sowjetunion die Macht zu erlangen. Es sollte hinzugefügt werden, dass auch Grišin den Weg der Perestrojka gewählt hätte; es kann sein, dass er dabei vorsichtiger und umsichtiger vorgegangen wäre, aber auch er wäre nicht umhin gekommen, Veränderungen zuzulassen. Den Ausschlag für Gorbačev gab Andrej A. Gromyko, der dessen Kandidatur im Politbüro vorschlug. Als Dank dafür entfernte Gorbačev Gromyko von seinem Posten als Außenminister, auf dem er in den fast 30 Jahren seiner Amtszeit zum Symbol für eine Außenpolitik geworden war, die sich auf die Verteidigung der nationalen Interessen des Landes konzentrierte. Diese Entscheidung kann man als symptomatisch bezeichnen: Erfahrene Fachleute schien Gorbačev nicht mehr zu benötigen.

Soweit man urteilen kann, plante Gorbačev zunächst weder, den Sozialismus abzuschaffen, noch den Staat zu zerstören. Er machte „Reformen“ zu seiner Losung und fand damit eine breite Unterstützung in der Gesellschaft. Das Unglück bestand darin, dass er um sich eine Mannschaft versammelte, die für sich selbst und teilweise auch für den Generalsekretär persönlich arbeitete, aber nicht für Russland. Es handelte sich dabei um einen eigentümlichen Ball von Dilettanten, bei dem jeder seinen eigenen Tanz vollführte, ohne sich dabei um die allgemeine Zweckdienlichkeit, historische Erfahrung oder Erfolgsaussichten zu kümmern. Die Hauptsache war, dass der „Prozess“ vorangebracht wurde, wohin dieser Prozess allerdings führen sollte, blieb unklar. Offenbar wurde gerade wegen dieser Richtungslosigkeit so oft auf die Geschichte verwiesen, die die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen zeigen, entscheiden und beweisen sollte. Es scheint so, als ob alles das, was Gorbačev und seine



Kollegen taten, keine Verbindung zu dem hatte, wie die Ergebnisse der historischen Entwicklung im Endeffekt aussehen würden. Dabei handelt es sich um eine sehr bequeme Einstellung. Jede Katastrophe kann darauf zurückgeführt werden, dass sich „die Geschichte so gefügt“ habe. Die Erfahrung aber zeigt, dass gerade eine solche Position sehr häufig zu Katastrophen führt.

Die Besonderheiten der Tätigkeit der „Bauleiter“ der Perestrojka traten mit besonderer Deutlichkeit bei der Entscheidung der „deutschen Frage“ zutage, die auch das Hauptthema des Vortrages von Herrn Dr. Wieck darstellte. Er hat recht, wenn er sagt, dass es in der UdSSR befremdende Personen gab, die behaupteten, dass einzig die Existenz der DDR verhindert habe, dass die Bundesrepublik und der Westen die Sowjetunion in ihre Arme schlossen: Man müsse, so diese Personen damals, nur die DDR „abtreten“ und schon würde in den Beziehungen zwischen Ost und West eine Ära des Überflusses und der gegenseitigen Liebe anbrechen. Es gab jedoch keine logischen Belege zur Erhärtung dieser merkwürdigen These. Beweise waren während der Perestrojka ohnehin ein Thema für sich – die öffentlich verkündeten Ideen sollten in die Tat umgesetzt werden; ihre Zweckdienlichkeit zu überprüfen galt hingegen als schlechter Stil: Diese Aufgabe sollte, wie man sich bereits denken kann, der Geschichte zukommen.

Gorbačev und seine Genossen selbst vertraten nicht (zumindest nicht offen) derartige Ansichten, aber sie widerlegten sie auch nicht öffentlich, gemäß der Devise: lasst hundert Blumen blühen. Übrigens, die erste Amtshandlung des neuen außenpolitischen Assistenten des Generalsekretärs, Anatolij S. Černaev, (bei dem es sich in etwa um einen Schattenaußenminister handelte), war es, seinem Chef zu raten, in die Dokumente für den nächsten Parteitag eine Verfügung über die Wiedervereinigung Deutschlands aufzunehmen (und das im Jahre 1986!). Es ist richtig, der Rat wurde nicht befolgt. Aber die ständigen Kontakte zwischen den Bürgern der DDR und der UdSSR (man glaubt fast nicht mehr, dass diese Kontakte im Allgemeinen intensiver als die heutigen waren) beschränkten sich nicht auf das Lesen von Leitartikeln in Zeitungen und von Aufzeichnungen von Parteitag. Die sonderbaren und erstaunlichen Thesen, die in der UdSSR auf verschiedenen Ebenen



diskutiert wurden, wurden sofort zu Gemeingut der Einwohner der DDR, umso mehr, da es um ihr Land ging. Das Resultat war die Erschütterung der ohnehin nicht sehr großen Stabilität des strategisch wichtigsten Verbündeten der UdSSR in Europa.

Als höchst aufschlussreiche Illustration, wie sich in dieser Situation die ostdeutschen Reformer fühlten, kann das Ersuchen dienen, mit dem sich im August des Jahres 1988 der Stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Herbert Krolikowski, an den gerade seinen DDR-Urlaub beendenden Leiter der Presseabteilung des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij I. Gerasimov, wandte, von dem er glaubte, dass dieser ein enger Vertrauter Gorbačevs sei. Krolikovskij bat darum, in Moskau zu klären, ob dort die DDR noch von der Sowjetunion gebraucht werde. Seine Worte lauteten wie folgt: „Wir bitten nur um Eines – uns klar und deutlich zu sagen, welches Ihre auf uns bezogenen Absichten sind. Heute gibt es ein sozialistisches Deutschland. Die Frage ist, ob man dieses erhalten sollte, in ähnlicher Weise wie zum Beispiel Österreich, oder ob man den Moment abwarten sollte, indem man sich von der DDR lossagen kann. Dies ist unser Staat, wir haben ihn aufgebaut und wir lieben ihn. Unser westlicher Partner ist nicht der dümmste und auch nicht der schwächste. Man sollte ihm das Erreichen seines Zieles, das in einer Schwächung der DDR besteht, nicht erleichtern. Wenn ihr uns aber mitteilt, dass wir euch nicht mehr nötig sind, dass ihr den Frieden in Europa auch ohne uns sichern könnt, werden wir versuchen, einen Ausweg aus der neuen Situation zu finden. Wir würden das Konzept einer deutschen Föderation wieder beleben, Gespräche mit Bonn über diese Frage führen und versuchen, die vorteilhaftesten Bedingungen für die hier lebenden Menschen auszuhandeln. Wir dramatisieren nicht und wir haben auch nicht vor, endloses Wehklagen zu erheben. Aber es müssen Maßnahmen ergriffen werden und wir sollten über die folgenden und weiteren Etappen nachdenken.“ Diese Position war absolut ehrlich und respektabel. Ich wiederhole: Das war Mitte des Jahres 1988 – bis zur allumfassenden Krise der DDR blieb kaum mehr als ein Jahr. Die Zeit für Vorbereitungen wurde knapp, war jedoch noch vorhanden. Gerasimov berichtete aus Berlin sofort über dieses Gespräch nach Moskau. Eine Antwort traf nicht ein. Entscheidend aber ist, dass keine Klarheit darüber bestand, welches Schicksal die DDR in der sich weiter entwickelnden

Situation haben sollte. Wieder wurde auf die Geschichte gehofft, doch diese erfüllte wie immer nicht die Erwartungen.

Es ist nicht auszuschließen, dass Dr. Wiecks Behörde die Hände bei der entstehenden Krise im Spiel hatte, die die DDR erfasste. Aber man muss so ehrlich sein, anzuerkennen, dass dies nicht der Hauptgrund für die Schwierigkeiten war. Natürlich tragen Betonköpfe um Erich Honecker einen großen Teil der Schuld daran, dass die Krise so große Kraft und Unbezähmbarkeit entfalten konnte. Doch hat auch das Fehlen einer durchdachten und ausgewogenen Position in Moskau bezüglich der weiteren Existenz der DDR eine große Rolle gespielt.

Die ostdeutsche Republik war eine unerschütterliche Realität im europäischen Gleichgewicht der Mächte, solange die Sowjetunion ohne Umschweife darauf bestand, dass sie ein Garant für die Durchsetzung ihrer strategischen Interessen auf dem Kontinent sei. In dem Moment, wo die UdSSR in dieser Frage schwankte, war das Schicksal der DDR besiegelt – die Ostdeutschen zog es hin zur blühenden Bundesrepublik. Das ist menschlich gesehen vollkommen verständlich: besser reich und gesund als arm und krank.

Allein, das Faktum, dass es die Ostdeutschen zur Vereinigung mit der Bundesrepublik hinzog, bedeutete noch keine Entscheidung über den Zeitpunkt oder die Umstände des Verschwindens der DDR. Der Vortragende erkennt an, dass die Reformer und die Oppositionellen, die in der DDR den Ton bis zu den Wahlen im März 1990 angaben (und noch danach), sich gegen eine schnelle und restlose Liquidierung der Republik wandten. Die Tatsache, dass die von Krolikovskij vorgeschlagene Variante zur Lösung des deutschen Problems (die von Hans Modrow in seinen „Vorschlägen für den Weg zur deutschen Einheit vom 1. Februar 1990“ im Wesentlichen wiederholt wurden) selbst in der Phase der ersten Annäherung nicht zur Anwendung kam, bedeutete die größte Unterlassung der Diplomatie Gorbachevs unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Interessen des von ihm regierten Landes. Das Vorrücken der NATO an die russischen Grenzen ist eine der Folgen davon, dass die Führer der Perestrojka nicht mehr mit dem Geist, den sie aus der Flasche gelassen hatten, fertig wurden.

Ich halte nicht viel von der in der BRD weit verbreiteten Angewohnheit, die Vereinigung Deutschlands in die Liste der Verdienste Gorbačëvs einzureihen, dabei aber Russland und sein Volk zu vergessen. Über die Unvermeidbarkeit einer Entscheidung der deutschen Frage durch die Vereinigung der DDR mit der BRD diskutierten wir in der Berliner Botschaft noch lauthals vor dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober des Jahres 1989. Insbesondere Gorbačëv konnte sich lange Zeit nicht dazu entschließen, der Realität ins Angesicht zu blicken. Er verpasste den richtigen Zeitpunkt, zu dem es immer noch möglich gewesen wäre, die Kapitulation der DDR und damit auch der UdSSR zu verhindern. Nach Beginn der Leipziger Montagsdemonstrationen zu begreifen, in welche Richtung sich die Dinge entwickelten, wäre auch schneller möglich gewesen. Es war zu kurzfristig, mit der Änderung der eigenen Position als Antwort auf die sich verändernde Situation zu zögern (obschon Modrov hartnäckig darauf bestand) und dadurch bei der Unterstützung in den Verhandlungen mit dem ungleich stärkeren Gegenüber zu versagen.

Dass zur Überwindung der Krise der DDR keine Gewalt angewendet wurde, war ebenfalls nicht allein die Entscheidung Gorbačëvs. Weder die politischen noch die militärischen Führer der UdSSR ließen auch nur den geringsten Zweifel daran aufkommen, dass Gewalt keine Lösung sei und dass diese die Situation nur verkomplizieren würde. Ich kann guten Gewissens versichern, dass, entgegen der weit verbreiteten Fabel von der „Verschwörung der Generäle“, weder in Moskau noch in der Westgruppe der Streitkräfte die Möglichkeit, militärische Gewalt anzuwenden – sei es auch nur in theoretischen Planspielen – ernsthaft erörtert wurde. Es handelte sich dabei um Gerüchte, die in der Umgebung Gorbačëvs kursierten (in erster Linie verbreitet von Ševardnadse) und auch bei den Widersachern Russlands verbreitet waren. Ihnen war wichtig, dass die Deutschen keine Dankbarkeit gegenüber den russischen Soldaten empfinden sollten, die sich ihre Anerkennung bei der Bevölkerung der DDR damit verdient hatten, dass sie ihre Kasernen nicht verließen.



Ich wiederhole: allen war bewusst, dass weder vom moralischen noch vom politischen Standpunkt aus auf Gewalt zurückgegriffen werden durfte. Indessen wäre es vollkommen zulässig gewesen, die Anwesenheit der wichtigsten Streitkräftegruppierung auf dem Territorium der DDR als Argument zum Erreichen einer Vereinbarung über einen Ausweg aus der Krise zu verwenden. Deshalb war es auch vollkommen inakzeptabel, zuzustimmen, dass die Führer eines Verbündeten verurteilt und ins Gefängnis geworfen wurden, deren einziger Fehler darin bestand, dass sie die Bündnispflicht so ausgeführt hatten, wie sie sie verstanden.

Das größte Versagen Moskaus bestand darin, dass es einer Regelung zustimmte, die in der Welt den Eindruck hervorrief, als ob wir Deutschland verließen, weil wir eine „Niederlage“ erlitten hätten. Jene paar Millionen Mark, die Gorbačev, und danach Boris N. El'cin bei Helmut Kohl einhandelten, können in keinem Fall den demütigend eiligen und fluchtartigen Abzug der Westgruppe der Streitkräfte rechtfertigen. Die Soldaten, die als Sieger nach Deutschland gekommen waren, gingen wie verarmte Verwandte, denen man der Tür gewiesen hatte. Die Garnisonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in West-Berlin verweigerten nicht zufälligerweise im August 1994 die Teilnahme an der Parade zur Verabschiedung unserer Berliner Brigade, die als letzte aus Deutschland abzog, obwohl sie vollkommen ordnungsgemäß eingeladen worden waren. Die Streitkräfte der Westmächte, die ebenfalls aus Berlin abgezogen wurden, wollten sich nicht auf das Niveau der herausgeworfenen Russen begeben. Sie führten ihre Abschiedsparade später durch, um so zu demonstrieren, dass sie aus freiem Willen und nicht gezwungenermaßen gingen.

Der imposanten Persönlichkeit Helmut Kohls darf man eine zentrale Position in der Geschichte der europäischen Politik der neunziger Jahre einräumen. Es ist offensichtlich, dass Kohl das erreichte, was er wollte und in genau der Weise, die er für am geeignetsten hielt. Gleichfalls ist es richtig, dass der BND unter der Leitung Herrn Dr. Wiecks dem Kanzler wirksame Hilfe beim Erreichen der gesetzten Ziele leistete. Beim Verteilen der Lorbeerkränze sollte man sich aber auch in Erinnerung rufen, dass Kohls Partner in Moskau bei den Verhandlungen grundsätzlich



mitspielten. Moskau hatte zu dieser Zeit weniger Glück, denn damals regierte noch nicht Vladimir V. Putin.